



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Jugendhilfeausschusses am 04.11.2021
*öffentlich***

Ort: Ort: Konzerthalle Ulrichskirche,
Christian-Wolff-Straße 2,
06108 Halle (Saale),

Zeit: 17:00 Uhr bis 18:17 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnahmeverzeichnis

Anwesend waren:

Mitglieder:

Ute Haupt	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Claudia Schmidt	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Jan Döring	Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN
Carsten Heym	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Beate Gellert	Fraktion Hauptsache Halle & Freie Wähler
Sören Steinke	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Helga Schubert	Fraktion Freie Demokraten im Stadtrat von Halle (Saale)
André Scherer	stellv. stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Diana Franke	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Dr. Gaby Hayne	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Uwe Kramer	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Anna Manser	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Claudia Rosa	stellv. stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Christof Starke	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Dr. Hendrik Kluge	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Mirko Petrick	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Etienne Samuel Knorre	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Jörg Lau	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Petra Schneutzer	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Daniela Stech	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss

Verwaltung:

Katharina Brederlow	Beigeordnete des Geschäftsbereichs Bildung und Soziales
Alexander Frolow	Leiter Fachbereich Bildung
Christian Loll	Leiter Team Fördermittel
René Lukas	Protokollführer

Entschuldigt fehlten:

Dr.med. Detlef Wend	Fraktion MitBürger & Die PARTEI
Josephine Jahn	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Tobias Heinicke	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Nora Böhme	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Dagmar Deckwerth	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Jerome Deubel	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Dr. Toralf Fischer	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Dr. Tino Kleinert	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss

René Moses
Nico Teschner
Susanne Willers
Sven Bartsch
Tatjana Privorozki

Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss

zu **Einwohnerfragestunde**

Es lagen keinen Einwohnerfragen vor.

zu **Kinder- und Jugendsprechstunde**

Es lagen keine Fragen zur Kinder- und Jugendsprechstunde vor.

zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Frau Brederlow eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest.

Frau Brederlow gab bekannt, dass der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Wend und seine Vertretung Herr Heinicke an der heutigen Jugendhilfeausschusssitzung nicht teilnehmen können. Sie wies darauf hin, dass somit eine Wahl aus der Mitte des Jugendhilfeausschusses erfolgen muss. Sie schlug Frau Schmidt zur Wahl vor. Es gab keine weiteren Vorschläge.

Frau Brederlow bat um Abstimmung zur Wahl von Frau Schmidt.

Die Ausschussmitglieder wählten in einer offenen Wahl einstimmig Frau Schmidt für die Sitzungsleitung des Jugendhilfeausschusses am 04.11.2021.

Frau Schmidt übernahm die Sitzungsleitung.

zu 2 **Feststellung der Tagesordnung**

Frau Schmidt teilte mit, dass die Dringlichkeitsvorlage Umsetzung des Bundesprogramms "Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche" im Förderjahr 2021 zur Aufnahme auf die Tagesordnung vorliegt.

Herr Scherer bat darum, die Dringlichkeit dieser Beschlussvorlage zu begründen.

Frau Brederlow teilte mit, dass die überarbeiteten Antragsunterlagen durch den Träger am 06.10.2021 eingereicht wurden. Damit die Maßnahmen im Rahmen des Bundesprogramms „Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche“ noch in diesem Jahr durchgeführt werden können, werden die Förderanträge in der Novembersitzung des Jugendhilfeausschusses zur Abstimmung gestellt.

Sie bat um Abstimmung zur Aufnahme auf die Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Herr Scherer beantragte für den TOP 6.1 das Rederecht für Frau Dr. Krause und Herrn Schirrmeister.

In Abstimmung mit den Ausschussmitgliedern wurde für Frau Dr. Krause und Herrn Schirrmeister das Rederecht erteilt.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, rief **Frau Schmidt** zur Abstimmung der Tagesordnung auf.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Somit wurde die gesamte geänderte Tagesordnung beschlossen.

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 07.10.2021
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
5. Beschlussvorlagen
- 5.1. Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2022 sowie den Beteiligungsbericht 2020
Vorlage: VII/2021/03114
- 5.2. 3. Fortschreibung des Integrierten Handlungskonzeptes Sozialer Zusammenhalt Neustadt 2030
Vorlage: VII/2020/01534
- 5.3. Umsetzung des Bundesprogramms "Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche" im Förderjahr 2021
Vorlage: VII/2021/03233
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 6.1. Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Prüfung der Außenflächen der Leopoldina Nationalen Akademie der Wissenschaften zur öffentlichen Nutzung
Vorlage: VII/2021/02870
7. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
8. Mitteilungen
- 8.1. Mitteilung Bericht Hallianz für Vielfalt
9. Beantwortung von mündlichen Anfragen
10. Anregungen

Nicht öffentlicher Teil:

11. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 07.10.2021
12. Beschlussvorlagen
13. Anträge von Fraktionen und Stadträten
14. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
15. Mitteilungen

- 16. Beantwortung von mündlichen Anfragen
- 17. Anregungen

zu 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 07.10.2021

Es gab keine Einwendungen gegen die öffentliche Niederschrift vom 07.10.2021, sodass diese von den Ausschussmitgliedern bestätigt wurde.

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Es lagen keine nicht öffentlichen Beschlüsse aus der letzten Sitzung vor.

zu 5 Beschlussvorlagen

**zu 5.1 Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2022 sowie den Beteiligungsbericht 2020
Vorlage: VII/2021/03114**

Frau Brederlow führte in die Haushaltsvorlage der Verwaltung ein. Sie wies darauf hin, dass eine Frage von Herrn Dr. Wend im Fragenkatalog aufgeführt ist.

Herr Scherer bezog sich auf Seite 1130, wo die psychologische Beratung und ambulante Therapie aufgezeigt wird. Er erkundigte sich, warum der Zuschussbedarf für das Jahr 2022 reduziert wurde.

Herr Loll sagte, dass hierbei die Personalumlagen relevant waren.

Frau Brederlow fügte hinzu, dass bei der Betrachtung des IST-Zustandes für das Jahr 2020 und den Planungen für das Jahr 2021 und 2022, ersichtlich wird, dass für das Jahr 2020 weniger Bedarf an Beratungen waren. Aktuell zeichnet sich der gleiche Sachverhalt ab. Aus diesem Grund erfolgt nun eine Anpassung an den tatsächlichen Bedarf.

Herr Scherer fragte, inwiefern die Minderausgaben, durch die Corona Pandemie beeinflusst wurde.

Frau Brederlow bemerkte, dass die Angebote in einer anderen Form angenommen wurden. Das schließt nicht aus, dass ein geringerer Bedarf von Angeboten bestand.

Frau Haupt bezog sich auf das Produkt auf Seite 1145 „unbegleitete minderjährige Ausländer“. Sie fragte, warum sich die Ansätze zwischen Hilfe zur Erziehung Minderjähriger und Hilfe für junge Volljährige unterscheiden.

Herr Frolow sagte, dass die Fallzahlen in dem Bereich Hilfe für junge Volljährige sinken. Aus diesem Grund wurden auch Umstrukturierungen in den einzelnen Teams vorgenommen.

Frau Haupt nannte das Produkt „Eltern mit Kindern in Kindertageseinrichtungen oder Tagespflegestellen“. Dort geht es um Kinder in auswertigen Einrichtungen. Sie erwähnte, die einzelnen Ansätze bis zum Jahr 2025. Frau Haupt stellte fest, dass man eine Prognose bis zum Jahr 2025 schwer treffen kann. Sie fragte, worauf sich der Ansatz für das Jahr 2025 beruft.

Frau Brederlow wies auf die Jahre von 2021 bis 2025 hin. Dort ist ersichtlich, dass ein Teil der Kinder in den Kindertagesstätten ist. Da die Kitalaufzeit bis zum 6. Lebensjahr geht, kann man eine weitläufige Prognose bilden.

Frau Haupt bezog sich auf die Haushaltspräsentation im letzten Jugendhilfeausschuss. Dort war ersichtlich, dass mehr Zuschüsse an die Träger der freien Jugendhilfe im Haushalt eingestellt wurden. Sie fragte, ob diese Zuschüsse bereits untersetzt sind.

Frau Brederlow teilte mit, dass die Beschlussvorlage für die Dezembersitzung vorbereitet ist. Demzufolge wurden die Zuschüsse untersetzt.

Herr Loll fügte hinzu, dass alle Maßnahmen, die für die Jugendhilfeplanung vorgesehen sind, entsprechend für das Jahr 2022 eingepreist wurden sind. Hierbei wurde auch die Lohn- und Sachausgabensteigerung berücksichtigt.

Frau Haupt erkundigte sich, ob das Präventionskonzept bei den Maßnahmen bedacht wurde.

Herr Loll sagte, dass das Präventionskonzept in der Jugendhilfeplanung in allen Teilen erfasst ist.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen, sodass **Frau Schmidt** um Abstimmung bat.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

1. Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung 2022 mit dem Haushaltsplan 2022.
2. Der Stadtrat nimmt den Beteiligungsbericht 2020 zur Kenntnis.

zu 5.2 3. Fortschreibung des Integrierten Handlungskonzeptes Sozialer Zusammenhalt Neustadt 2030
Vorlage: VII/2020/01534

Frau Georg führte in die Beschlussvorlage der Verwaltung ein und begründete diese.

Frau Haupt zitierte den Passus im Handlungskonzept auf Seite 44 in der 10. Zeile mit der Überschrift: Kinderfreundlichkeit „*die Ausstattung von Betreuungseinrichtungen und sozialen Einrichtungen auf den Prüfstand zu stellen*“. Sie fragte, wie dieser geschilderte Sachverhalt umgesetzt werden soll.

Frau Georg teilte mit, dass das Handlungskonzept in Zusammenarbeit mit allen Geschäftsbereichen der Stadt Halle entstanden ist. Sie sagte, dass sie diese Anfrage schriftlich beantworten wird.

Des Weiteren fragte **Frau Haupt**, ob bei den Indikatoren für die Maßnahmen im Rahmen des Städtebauförderprogramms „Sozialer Zusammenhalt“ die Migrationsvereine miteinbezogen werden.

Frau Georg wies darauf hin, dass Netzwerkveranstaltungen über das Quartiersmanagement in Halle Neustadt erfolgen. Es besteht somit eine Vernetzung der Migrationsvereine, die dadurch miteinbezogen werden.

Frau Gellert bezog sich auf die erwähnte Partizipation. Sie sagte, dass in Halle (Saale) viel für Migranten, Kinder, Jugendliche und Senioren gemacht wird, aber nicht mit Ihnen. Sie fragte, inwieweit der Kinder und Jugendrat, der Stadtjugendring und die Migrantenvereine während der Pandemie miteingebunden wurden.

Herr Etienne Samuel Knorre teilte mit, dass der Stadtjugendring ein Gremium ist, wo sich alle Menschen einbringen können. Er sagte, dass der Kinder- und Jugendrat weiterhin verschiedene Projekte durchführen wird, wie z.B. den Spielplatztester. Dieser wird in einem Zweijahresrhythmus auch in Halle Neustadt durchgeführt. Die Ergebnisse werden den Verantwortlichen der Verwaltung zur Verfügung gestellt.

Herr Scherer bezog sich auf die Kostenaufstellung der vorliegenden Maßnahmen. Er nannte die funktionelle Anpassung baulicher Aufwertung von Quartierszentren. Dort sind ca. 250.000,- Euro vorgesehen. Er fragte, ob diese Summe dafür ausreicht. Des Weiteren erwähnte er, dass für die Qualifizierung des Stellplatzangebotes im Stadtteilzentrum Halle Neustadt eine Summe von 1,2 Millionen Euro vorgesehen ist.

Frau Brederlow antwortete auf die Frage zur Kostenaufstellung. Sie sagte, dass hierbei die Kosten für vorbereitende Maßnahmen gemeint sind. Dies sind meist klassische Baumaßnahmen, d.h. eine Investitionsmaßnahme, die über den Fachbereich 24 getätigt wird.

Frau Georg teilte mit, dass eine Errichtung eines neuen Parkhauses in Stadtteilzentrum Halle Neustadt geplant ist.

Herr Scherer stellte fest, dass das Parkhaus unter die Finanzierung der vorbereiteten Maßnahmen fällt.

Frau Haupt bezog sich auf das zentrale Naherholungsgebiet Peißnitzinsel. Sie stellte fest, wenn Fördermittel für dieses Gebiet abgeschlossen sind, es aus dem Integrierten Handlungskonzept herausgenommen wird.

Frau Georg sagte, dass die Peißnitz ein Teil des Fördergebiets sozialer Zusammenhalt ist. Hierbei soll die Verbindung zwischen Halle Neustadt und der Altstadt gestärkt werden.

Frau Franke stellte fest, dass es in Halle Neustadt verschiedene Behinderteneinrichtungen und Schulen gibt. Sie sagte, dass es in Halle Neustadt wenige Spielmöglichkeiten auf den Spielplätzen für behinderte Kinder gibt. Sie fragte, ob hierbei die barrierefreie Nutzung von Freizeiteinrichtungen mitbedacht wurde.

Frau Georg teilte mit, dass das Team Freiraumplanung eine barrierefreie Nutzung in die Entwicklung von Spielflächen miteinbezieht.

Herr Petrick fügte hinzu, dass die Stadt Halle in Bezugnahme der ISEK Räume auf eine barrierefreie Nutzung von Freizeiteinrichtungen achtet. Behinderteneinrichtungen und Schulen werden bei einem Neubau oder einer Umgestaltung von Spielplätzen miteinbezogen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen, sodass **Frau Schmidt** um Abstimmung bat.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

1. Der Stadtrat beschließt die 3. Fortschreibung des Integrierten Handlungskonzeptes „Sozialer Zusammenhalt“ Neustadt 2030 in der vorliegenden Fassung als Handlungsrahmen für die Fortsetzung der Fördermaßnahme „Sozialer Zusammenhalt“ in Neustadt.
2. Die Umsetzung der Einzelmaßnahmen soll in Abhängigkeit von der Verfügbarkeit der zur Finanzierung notwendigen Fördermittel in den einzelnen Programm- und Haushaltsjahren erfolgen.

**zu 5.3 Umsetzung des Bundesprogramms "Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche" im Förderjahr 2021
Vorlage: VII/2021/03233**

Frau Schmidt fragte, ob sich Mitglieder des Jugendhilfeausschusses in einem Mitwirkungsverbot befinden.

Es befanden sich keine Mitglieder in einem Mitwirkungsverbot.

Herr Frolow führte in die Beschlussvorlage der Verwaltung ein und begründete diese.

Frau Haupt sagte, dass der Internationale BUND insgesamt fünf Projekte eingereicht hat. Sie stellte fest, dass die heutigen zwei zu beschließenden Förderungen über dem Wert von 5.000,00 EUR liegen.

Herr Loll teilte mit, dass der Internationale BUND an fünf Schulstandorten Anträge gestellt hat. Die Verwaltung hat mit dem Träger über die inhaltlichen Aspekte zu den einzelnen Anträgen Gespräche geführt. Diese haben ergeben, dass der Träger von fünf Projekten heute zwei beschließen möchte. Bei diesen zwei Projekten sieht der Träger den höchsten Bedarf.

Herr Scherer stellte ein Gesamtbudget von über 200.000,- EUR fest. Er fragte, ob in der nächsten Sitzung eine Übersicht über den Stand von abgeflossenen Mitteln zur Verfügung gestellt werden kann.

Herr Loll teilte mit, dass für die Förderungsmaßnahme nach Punkt II. Nr. 3. eine Summe von 69.044,34; - EUR vorliegt. Diese Summe ist nach aktuellen Stand komplett bewilligt und ausgegeben. Für die Förderungsmaßnahme nach Punkt II. Nr. 2. steht eine Summe von 216.971,98; - EUR zur Verfügung. Es bleiben noch 130.981,00,- EUR übrig. Beim Ministerium für Arbeit und Soziales wurde beantragt, dass diese Gelder in das nächste Haushaltsjahr mit einbezogen werden. Es besteht somit für das nächste Haushaltsjahr eine Summe von 564.925,00; - EUR zur Verfügung.

Herr Scherer fragte, ob das aufgeführte Budget im Begründungsteil der Beschlussvorlage für das aktuelle Haushaltsjahr gilt.

Her Loll bejahte dies.

Frau Gellert bemerkte, dass das Programm "Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche" zeitlich begrenzt ist. Es hierbei zu beachten, dass es eine kurzzeitige Hilfe ist, die dann eventuell in die Bedarfsplanung der kommenden Jahre miteinfließt.

Frau Brederlow betonte, dass es sich hierbei um ein zweijähriges Bundesprogramm handelt. Die Träger sind so informiert, dass eine Förderung nur im Rahmen dieser Programmlaufzeit möglich ist.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen, sodass **Frau Schmidt** um Abstimmung bat.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Förderung der Maßnahmen im Rahmen des Bundesprogramms „Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche“ im Förderjahr 2021, mit einer Antragssumme von mehr als 5.000,00 EUR gemäß der Anlage in Höhe von:

16.400,00 EUR.

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 6.1 Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Prüfung der Außenflächen der Leopoldina Nationalen Akademie der Wissenschaften zur öffentlichen Nutzung
Vorlage: VII/2021/02870

Herr Scherer brachte den Antrag seiner Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Prüfung der Außenflächen der Leopoldina Nationalen Akademie der Wissenschaften zur öffentlichen Nutzung ein und begründete diesen.

Frau Dr. Krause und **Herr Schirmmeister** vom Freiraumbüro stellten sich vor und teilten mit, dass sie das repräsentieren. Sie wurden von der Fraktion MitBürger & Die PARTEI gebeten, an der Diskussion zum vorliegenden Antrag teilzunehmen.

Herr Scherer fragte, wo das Freiraumbüro Flächen für eine konfliktarme Nutzung von Jugendlichen in der Stadt Halle (Saale) sieht.

Frau Dr. Krause teilte mit, dass es nicht zweckmäßig ist, diesen Sachverhalt politisch steuern zu wollen. Erfahrungsgemäß suchen sich Jugendliche ihre Plätze selber aus. Sie sagte, dass hierbei Aspekte berücksichtigt werden müssen, die für Jugendliche relevant sind. Diese Aspekte können unter anderen die Erreichbarkeit der Jugendlichen untereinander sein und die Umgebung der Innenstadt. Des Weiteren spielt das Versorgungspotenzial eine wichtige Rolle bei den Jugendlichen.

Frau Dr. Krause sagte, dass man sich verschiedenen Flächen vorstellen kann, beispielsweise gibt es einen kleinen Platz an der Moritzkirche. Dieser Platz ist relativ geschützt und gut erreichbar.

Frau Schmidt bedankte sich für die darstellenden Informationen bei Frau Dr. Krause und Herr Schirmmeister und schlug eine Abstimmung des Antrags vor.

Frau Manser bemerkte, dass der inhaltliche Aspekt des Antrags momentan nicht diskutiert bzw. erläutert wird. Auch die Einladung der anwesenden Gäste des Freiraumbüros zur inhaltlichen Diskussion des Antrags überraschte sie.

Herr Scherer sagte, dass es der Fraktion MitBürger & Die PARTEI darum ging, dass dieses Thema aufrechterhalten wird. Es sollten gemeinsame Lösungen zum Sachverhalt gesucht werden.

Frau Brederlow wies darauf hin, dass dieses Thema in der Jugendhilfeplanung verankert ist. Frau Goy als Jugendhilfeplanerin ist mit diesem Thema vertraut und involviert.

Herr Frolow informierte, dass die Verwaltung unabhängig vom Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI aktuell eine Befragung zum inhaltlichen Grundgedanken des Antrags eine Prüfung der Außenflächen für Jugendliche durchführt. Das Ergebnis liegt noch nicht vor. Die Verwaltung ist und bleibt bei diesem Thema aber aktiv.

Frau Manser wies darauf hin, dass Sie bei der heutigen Diskussion niemanden vorführen wollte.

Herr Heym bezog sich auf den eben erfolgten Wortbeitrag der Verwaltung. Er bat um eine Einschätzung, ob der Sachverhalt, so wie er im aktuellen Beschlusstext des Antrags geschildert ist, für die Verwaltung als durchführbar eingestuft wird.

Frau Brederlow teilte mit, dass die Verwaltung in Vorbereitung auf den Stadtrat mit der Leopoldina Nationalen Akademie der Wissenschaften Gespräche geführt hat. Diese Gespräche ergaben, dass es aus verschiedensten Gründen nicht möglich ist, dort eine Außenfläche zu nutzen. Die Verwaltung schlägt daher eine Ablehnung des Antrags vor.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen, sodass **Frau Schmidt** um Abstimmung bat.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e. V. über die öffentliche Nutzung von Teilen der Außenflächen am Standort Jägerberg 1, 06108 Halle (Saale) zu beraten. Denkbare wäre eine Nutzung nach Feierabend oder an Wochenenden als Freiflächen für junge Erwachsene. Die Verwaltung informiert den Stadtrat in der Sitzung am 29. September 2021 schriftlich über die Ergebnisse der Beratungen, insbesondere hinsichtlich Fragen der Nutzungsmöglichkeiten und -bedingungen sowie der Haftung.

zu 7 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 8 Mitteilungen

zu 8.1 Mitteilung Bericht Hallianz für Vielfalt

Herr Petrick informierte anhand einer Präsentation zum Bericht Hallianz für Vielfalt.

Anmerkung: Die Präsentation ist im Session unter TOP 8.1 eingestellt.

Frau Schmidt bedankte sich für die Ausführungen.

Es gab keine weiteren Fragen.

zu 9 Beantwortung von mündlichen Anfragen

zu 9.1 Frau Franke zum Förderbedarf von Kindern

Frau Franke wies darauf hin, dass vermehrt Kinder in den Kindertagesstätten einen Förderbedarf benötigen. Die Beantragung dauert momentan sehr lange und die Umsetzung dieser Leistung erweist sich in den Kindertagesstätten als schwierig, weil entsprechende Fachkräfte nicht vorhanden sind.

Sie fragte, wie man Kinder mit Förderungsbedarf besser unterstützen könnte.

Herr Frolow verwies auf das Kinder- und Jugendstärkungsgesetz. Es besteht hierzu ein Prozess über mehrere Jahre. Er betonte, dass sich die Verwaltung bereits mit diesem Thema auseinandersetzt.

zu 9.2 Herr Scherer zur Spielplatztestung 2022

Herr Scherer erkundigte sich, ob eine Spielplatztestung für das Jahr 2022 vorgesehen ist.

Herr Etienne Samuel Knorre bejahte dies.

zu 9.3 Frau Gellert zum Kinder- und Jugendstärkungsgesetz

Frau Gellert bezog sich auf das Kinder- und Jugendstärkungsgesetz. Sie fragte, ob von Seiten der Verwaltung Interesse an einer Arbeitsgruppe besteht. Hierbei könnte man gemeinsam mit den freien Trägern und dem Fachbereich Bildung Ideen zur Umsetzung entwickeln.

Frau Brederlow sagte, dass dieses Gesetz erst in der Verwaltung thematisiert werden muss. Eine Abstimmung mit dem Fachbereich Soziales hat bereits stattgefunden. Sie bestätigte, dass bei Interesse von freien Trägern Gespräche mit der Verwaltung stattfinden könnten.

zu 9.4 Frau Schmidt zum Kitaportal

Frau Schmidt erkundigte nach dem aktuellen Stand des Kitaportals.

Frau Brederlow sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 10 Anregungen

zu 10.1 Frau Schmidt zur Struktur der Haushaltsfragebögen

Frau Schmidt regte eine übersichtlichere Struktur der Haushaltsfragebögen an.

Frau Brederlow teilte mit, dass diese Anregung bereits im Kulturausschuss getätigt wurde. Die Verwaltung wird diese Anregungen umsetzen.

zu 10.2 Frau Gellert zu Antragsmöglichkeiten

Frau Gellert regte an, die Antragsmöglichkeiten zur Umsetzung des Bundesprogramms "Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche" im Förderjahr 2021 zu nutzen.

Es gab keine weiteren Anregungen.

Frau Schmidt beendete die öffentliche Sitzung und bat um Herstellung der nicht öffentlichen Sitzung.

Für die Richtigkeit:

Claudia Schmidt
Stadträtin

René Lukas
Protokollführer